



Praxistaugliche Agrarpolitik für Bauernfamilien nötig!

Vor entscheidenden Beratungen fordert Bauernverband Korrekturen von EU-Parlament

München (bbv) – Am 13. und 14. März wird das EU-Parlament über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beraten und abgestimmen. Die Position der 750 Abgeordneten soll die Basis für Verhandlungen mit der EU-Kommission und dem EU-Agrarministerrat sein. Für die über 100.000 bayerischen Bauernfamilien steht viel auf dem Spiel“, erklärt BBV-Präsident Walter Heidl. Schließlich gehe es um die künftige Unterstützung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe durch EU-Direktzahlungen, Ausgleichszulage, Investitionshilfen und Agrarumweltprogramme wie KULAP in Bayern.

„Insbesondere die Direktzahlungen sicherten in den letzten Jahren 40 bis 50 Prozent des Einkommens auf Bayerns Bauernhöfen“, sagt Heidl. Die Direktzahlungen seien zum einen ein Ausgleich für Mehrkosten durch die, im weltweiten Vergleich höchsten Umwelt-, Lebensmittelsicherheits- und Tierhaltungsstandards in Europa. Zum anderen stellten sie ein Entgelt für gesellschaftliche Leistungen wie den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft dar.

Mitte Februar hatten sich die Staats- und Regierungschefs bereits auf den EU-Haushalt bis 2020 geeinigt. „Der Beschluss bedeutet Kürzungen von bis zu zehn Prozent bei den Betriebsprämien – und zwar für alle Bauern. Angesichts dieser empfindlichen Einbußen muss das EU-Parlament jetzt dafür sorgen, dass weitere Korrekturen auf den Weg gebracht werden“, sagt Heidl. „Wir brauchen ein praxistaugliches Greening statt einer Zwangsjacke!“ Außerdem fordert der Bauernverband, dass die Vorleistungen und freiwilligen Umweltleistungen der bayerischen Bauern angerechnet und berücksichtigt werden. Des Weiteren seien bei den knapp 2700 Vorschriften zu Cross Compliance unbedingt Vereinfachungen notwendig. Außerdem müsse verhindert werden, dass ein Drittel der benachteiligten Gebiete in Bayern aus der Förderung fallen und die Empfänger von EU-Agrargeldern künftig namentlich veröffentlicht werden. „Der Datenschutz muss auch für die bayerischen Bauernfamilien gelten!“, fordert BBV-Präsident Heidl.

Unter dem Motto „Wir sind bereits GREEN!“ hat der Bayerische Bauernverband seine Mitglieder dazu aufgerufen, sich an die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments, an Agrarkommissar Ciolos sowie an das Bundeslandwirtschaftsministerium zu wenden. Mit einer elektronischen Postkarte machen die bayerischen Bauern so auf ihre Anliegen aufmerksam und fordern eine praxistaugliche EU-Agrarpolitik.

Die Aktion finden Sie unter: www.BayerischerBauernVerband.de/epostkarte-green